

6. Inland vor Ausland beim Ausbau von erneuerbaren Energienerzeugungsanlagen

Antrag des Regierungsrates vom 4. September 2024 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 25. Februar 2025

KR-Nr. 238a/2022

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Mit diesem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, Massnahmen zu ergreifen, damit die stromproduzierenden Unternehmen mit kantonaler Beteiligung Investitionen in erneuerbare Energie primär im Inland statt im Ausland tätigen.

Das Postulat wurde im Sommer 2022 eingereicht und im Herbst 2022 diskussionslos überwiesen. Zu dieser Zeit drehte sich alles um die drohende Energiemangel, und die Einbettung der Schweiz in den europäischen Strommarkt war einigermassen ungewiss. Sowohl die EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) als auch die AXPO (*Schweizer Energieunternehmen*) engagieren sich für die Stromerzeugung im Inland, vor allem bei der Solar- und Windenergie, aber auch bei der Wasserkraft, da sind Fortschritte sichtbar. Allerdings gibt es auch Rückschläge bei alpinen Solarkraftwerken und Windprojekten. Bei der Wasserkraft wiederum dauern die Verfahren relativ lange.

Mit dem Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbarer Energie, das vor gut einem Jahr an der Urne angenommen wurde, steht jetzt aber ein Instrument zur Verfügung, das den Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung im Inland weiter fördert. Insgesamt ist darauf hinzuweisen, dass auch Investitionen in erneuerbare Energie im Ausland sinnvoll sind, solange sie wirtschaftlich sind und trotzdem genügend Kapital für strategisch wichtige Investitionen im Inland bleibt.

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt einstimmig, das Postulat abzuschreiben.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Seit 2022 ist viel Zeit vergangen und die Erkenntnisse sind auch da, was das Thema «erneuerbare Energien im Inland» bedeutet. Mit diesem Bericht wird die Fieberkurve dieser inländischen Stromproduktion etwas aufgezeigt: Hochalpine Solaranlagen seien nicht wirtschaftlich zu betreiben, die Erwartungen sind um 92 Prozent reduziert worden. Die Windkraft bringt zu wenig Strom und ist nicht akzeptiert in der Bevölkerung, sicher nicht dort, wo die Anlagen gebaut werden müssen. Und flächendeckende Dachsolaranlagen sind gemäss den Experten zu teuer. Fazit: Die Elektrizitätsunternehmen investieren kaum oder zu wenig in die inländische Stromproduktion in der Schweiz.

Dagegen schaffen Sie hier drinnen mit der Netto-null-CO₂-Strategie bis ins Jahr 2040 eine Verdoppelung des Strombedarfs des Kantons Zürich und damit ein Paradoxon. Wie wollen Sie, wenn wir den Strom inländisch nicht produzieren können, der Bevölkerung doppelt so viel Strom zur Verfügung stellen? Das ist ein

Paradoxon, welches nicht funktioniert. Es zeigt: Ihre Energiestrategie 2040 ist jetzt schon gescheitert, 2050 wird noch scheitern.

Helfen Sie uns, eine ehrliche Energiestrategie auf die Beine zu stellen, eine Energiestrategie, welche uns vom drohenden Desaster fernhält, welches Sie geschaffen haben. Ich bitte Sie darum im Namen der ganzen Bevölkerung. Wir schreiben ab.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Im Gegensatz zu meinem Vorredner werde ich zum eigentlichen Postulat reden: 2022 war die SVP offensichtlich noch etwas vernünftiger unterwegs als heutzutage, denn auch sie hat damals mit uns zusammen erkannt, dass man auch schauen muss, dass mehr Strom im Inland produziert wird. Im Bericht wurde dargelegt, welche Entwicklungen sich hier ergeben haben. Grundsätzlich muss man sagen, dass die EKZ und die AXPO – es geht ja um diese beiden Unternehmen – in diesem Bereich gewisse Fortschritte gemacht haben. Die AXPO hat erkannt, dass Wind eine wichtige Produktionsart ist, auf die man setzen will. Auch die EKZ haben sich dafür ausgesprochen, denn Windkraft könnte einen substanziellen Teil zur Stromversorgung leisten, wenn die SVP sie nicht immer überall aufs Blut bekämpfen würde.

Auch in der Wasserkraft muss man vorwärtsmachen, in der Photovoltaik gibt es auch noch ganz viel Potenzial. Dafür gibt es ja verschiedene gesetzliche Änderungen, die wir hier in diesem Rat planen und die hoffentlich dann auch vom Volk angenommen werden. Entsprechend heisst das: Die Unternehmungen machen die ersten Schritte zaghafit in die richtige Richtung. Es braucht noch mehr Dampf, es braucht noch mehr Kraft dahinter, es braucht noch mehr Strom aus dem Inland. Wir werden als SP voll dahinterstehen und dies unterstützen. Fallen Sie nicht auf irgendwelche Scheingefechte um AKW herein, die werden uns nämlich innert nützlicher Zeit leider keinen Inlandstrom bringen. Eben gerade in Anbetracht dessen, dass jetzt ein grosses AKW bis sicher Februar ausfällt (*gemeint ist das AKW Gösgen*), sieht man, wie wichtig es ist, dass man eine starke Inlandversorgung auch aus Erneuerbaren hat. Und bei der Strommangellage haben wir realisiert: Wenn es um die Versorgung des Landes geht, dann zählt halt die Produktion im Inland massiv mehr, als was man theoretisch im Ausland hat, deshalb kam ja diese Forderung. Und für die Versorgungssicherheit unseres Landes ist es sehr wichtig, dass wir weiterhin auf die Erneuerbaren im Inland setzen. Wir schreiben ab.

Sarah Fuchs (FDP, Meilen): Der Postulatsbericht zeigt gut auf, dass die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Produktion in der Schweiz bisher sehr ungünstig waren. Diese Ausgangslage verbessert sich aktuell laufend. Der Herr Kommissionspräsident hat das sehr gut ausgeführt mit dem Mantelerlass, der Beschleunigung für die Produktionsanlagen und dem Netzexpress. Liegen diese optimaleren Bedingungen vor, ist es an uns allen, konkreten Projekten keine Steine in den Weg zu legen. Ich appelliere hier insbesondere an die unterzeichnenden Fraktionen des Postulats, dass sie nicht nur wohlwollend gegenüber dem Ausbau der Erneuerbaren in der Schweiz stehen. Mit Stichwort «Wasserkraft» blicke ich auf die linke Ratsseite und mit Stichwort «Windkraft» zur Mitte und

auf die rechte Ratsseite. Ich danke schon heute für Ihre Unterstützung, wenn es dann um die konkrete Erschliessung von Projekten geht, auch im Kanton Zürich. Die FDP ist mit der Abschreibung einverstanden.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Ich sehe es etwas anders als Paul von Euw. Das Postulat hat zu Recht aufgenommen, dass wir unsere Stromunternehmungen motivieren müssen, in der Schweiz in erneuerbare Energien zu investieren. Und inzwischen haben sich im Gegensatz zu dem, was du gesagt hast, meiner Meinung nach die Voraussetzungen klar verbessert, unser Kommissionspräsident und die beiden Kolleginnen haben es vorher schon ausgeführt. Mit neuen Bundesgesetzen und Förderungen sind Photovoltaik-, Wind- und Wasserkraftprojekte jetzt viel eher realisierbar. Ab heute liegt es an uns, den EKZ und der AXPO nicht nur diese Pflichten aufzuerlegen, sondern auch die Bedingungen hier im Kanton Zürich so zu gestalten, dass sie tatsächlich investieren können. Dazu gehört, dass wir als Politik nicht jede Planung mit Polemik und jedes Projekt mit irgendwelchen Schwarzmalereien blockieren. Ich bitte alle in diesem Saal, nun diese Grundlagen zu schaffen und mitzuarbeiten, damit wir diese Energiewende und diese nötige Wende zur elektrischen Energie schaffen werden.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Wer Inland vor Ausland will, der muss für gute Rahmenbedingungen sorgen, da bin ich mit Daniel Rensch einig, einerseits durch kürzere Verfahren für den Bau von Kraftwerken, andererseits für wirtschaftlich attraktive Abnahmebedingungen. Schade, dass wir Grünen beim EKZ-Gesetz keine Mehrheit für verbindliche Abnahmebedingungen für Schweizer Strom gefunden haben; das war das Ziel, dass man den dort abnimmt und so auch mehr Kraftwerke produzieren kann. Genau das wäre ein Hebel gewesen, Investitionen auszulösen.

Mit dem nationalen Stromgesetz haben wir die Rahmenbedingungen klar verbessert. Trotzdem wird der Zubau von Photovoltaik in diesem Jahr um 10 bis 15 Prozent zurückgehen. Gerade bei Einfamilienhäusern ist die Stimmung schlecht, obwohl sie wirtschaftlich wäre. Dazu beigetragen haben überzogene Medienberichte, wonach man für Solarstrom nichts mehr bekomme und Anlagen sogar abstellen würde. Solche Schlagzeilen verunsichern und bremsen. Meine Damen und Herren der Medien, hier müssen Sie Verantwortung mittragen.

Auch die Windenergie muss endlich vorwärtskommen in der Schweiz und auch im Kanton Zürich. Mit dem Richtplan und der Anpassung des Energiegesetzes, welches die Verfahren für grosse Windenergieanlagen beschleunigt, haben wir es bald in unseren Händen, hier einen Fortschritt zu ermöglichen. Bei den Investitionen von EKZ und AXPO im Ausland schliessen wir uns der Sicht des Regierungsrates an. Sie sind sinnvoll, wenn sie wirtschaftlich sind und kein Kapital binden, das wir für den Ausbau im Inland brauchen. Doch der Fokus muss klar auf der Schweiz liegen. Hier schaffen wir Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien. Wir schreiben ab.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Die Versorgungssicherheit mit Strom ist das Rückgrat unserer modernen Gesellschaft. Genau deshalb haben wir, eine ausgewogene, progressiv-konservative Allianz von SP, SVP, Mitte und EVP, vor einiger Zeit entschieden, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Dazu stehen wir noch heute. Denn die Herausforderungen sind offensichtlich: unrentable Investitionen wegen tiefer Strompreise, endlose Bewilligungsverfahren oder die Frage, wie es mit unseren Wasserkraftwerken weitergeht, wenn die Standortkantone sie wieder übernehmen. Allein diese Beispiele zeigen: Wir dürfen uns nicht in falscher Sicherheit wiegen, wir sind noch nicht am Ziel. Dennoch sehen wir auch Silberstreifen am Horizont, einer der hellsten – er wurde schon erwähnt – ist das deutliche Ja zum Stromgesetz vom 9. Juni 2024. Dieses starke Signal sagt: Die Bevölkerung der Schweiz, des Kantons Zürich will die Energiewende, sie will mehr einheimische erneuerbare Energie. Das ist im Übrigen ein Fakt, den die Mehrheit der Zürcher Bevölkerung in den vergangenen Abstimmungen immer mit Zustimmung ausgedrückt hat. Darum begrüsst sie zum Beispiel auch solche Entscheide, dass Speicherlösungen von Netzgebühren befreit werden sollen. Ebenfalls erfreulich ist, was unsere Energieunternehmen bereits heute leisten. Die AXPO baut mit den CKW (*Centralschweizerische Kraftwerke*) Tag für Tag im Durchschnitt zwei neue Solaranlagen auf den Dächern in ihrem Versorgungsgebiet. Dass die AXPO technologieoffen auch Windenergie oder Geothermie prüft, begrüßen wir sehr. Pionierarbeit ist Auftrag und Versprechen an die kommenden Generationen. Und die EKZ wiederum treiben mit über 100 grossen Anlagen die Solarstromproduktion mitten in unseren Gemeinden voran. Die Verantwortung bleibt aber klar: AXPO und EKZ sind in besonderem Masse gefordert, die sichere Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Stromversorgung in der Schweiz und für den Kanton Zürich zu sichern. Genau das ist ihr Auftrag und dazu haben wir sie in der Eignerstrategie verpflichtet. Darum sagt die EVP heute klar: Die Anliegen des Postulats sind gut aufgegelist, wir stimmen der Abschreibung zu – im Vertrauen darauf, dass der eingeschlagene Weg konsequent weitergegangen wird.

Regierungspräsident Martin Neukom: Alle wollen Versorgungssicherheit, aber Versorgungssicherheit gibt es nicht gratis. Sobald es darum geht, für die Versorgungssicherheit zu bezahlen, höre ich dann jeweils nicht mehr so viel. Die Situation bezüglich der Stromproduktion im Inland ist etwa vergleichbar mit der Landwirtschaft. Es ist auch extrem schwierig für die Schweizer Landwirtschaft, bezüglich Preis und Menge mit dem Ausland zu konkurrenzieren. Warum? Weil man im Ausland mehr Fläche hat und deutlich günstiger produziert. Und beim Strom ist das ähnlich. Wenn Sie also sagen, es spiele nur der Strommarkt, dann werden in der Schweiz relativ wenig erneuerbare Energien oder was für Energieformen auch immer zugebaut werden, sondern der Ausbau wird dann hauptsächlich im Ausland stattfinden. Eine Ausnahme bilden die Solaranlagen auf den Dächern. Hier gibt es dank dem Eigenverbrauch doch sehr, sehr viele Fälle, wie das David Galeuchet gesagt hat, da lohnt es sich. Egal mit welcher Technologie Sie Strom

erzeugen möchten, es braucht eine gewisse finanzielle Unterstützung. Das Stromgesetz ist da ein wichtiger Baustein, der in diese Richtung geht. Es muss also finanziell aufgehen.

Und zweitens: Wenn Sie dann ein Projekt haben und es geht finanziell auf, dann brauchen Sie auch noch eine Bewilligung. Es wurde gesagt, teilweise dauert das heute extrem lange, so lange, dass man vielleicht ein neues Projekt gar nicht erst startet, beispielsweise bei der Windenergie. Mit diesem Thema werden wir uns noch beschäftigen.

Im Namen des Regierungsrates bitte ich Sie, dieses Postulat abzuschreiben.

Ratspräsident Beat Habegger: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 238/2022 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.